



## KONJUNKTURREPORT

12. Jg., Ausgabe 3, Sept. 2012

### Europäische Staatsschulden- krise belastet heimische Kon- junktur

Das Wachstum der **Weltwirtschaft** hat sich im zweiten Quartal und zu Beginn des dritten Jahresviertels weiter abgeschwächt. Vor allem in Europa wird die Konjunktur durch anhaltende strukturelle Probleme belastet, aber auch in vielen anderen Industrieländern verläuft die Konjunktur nur zögerlich. In den Schwellenländern ist die Expansion nach wie vor höher, wenngleich auch dort das Wachstum immer mehr nachlässt. Gemäß dem vom Münchner ifo Institut veröffentlichten Weltwirtschaftsklima wurden zuletzt sowohl die gegenwärtige Lage als auch die wirtschaftlichen Aussichten ungünstiger beurteilt.

In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2012 um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nach 0,5 % in den drei Monaten davor und 1,0 % im Schlussquartal 2011. Zurückzuführen war die Abschwächung auf eine geringere Expansion der privaten Konsumausgaben und der Investitionen. Der Staatskonsum blieb rückläufig. Der negative Außenbeitrag verbesserte sich etwas. In **Japan** stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion zwischen April und Juni nur noch um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal, nachdem sie im ersten Quartal noch um 1,3 % zugenommen hatte. Sämtliche Nachfragekomponenten mit Ausnahme der Investitionen trugen zu der markanten Wachstumsverlangsamung bei. Der starke Yen und die schwache Auslandsnachfrage belasteten die japanischen Exporte. In **China** verlangsamte sich das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich von 8,1 % im ersten auf 7,6 % im zweiten Quartal. Die Inlandsnachfrage schwächte sich weiter ab, und die geringere Nachfrage aus Europa macht sich nun auch in China zunehmend bemerkbar. Die chinesische Zentralbank senkte daraufhin den Leitzins und lockerte die Mindestreservanforderungen.

Nach einer Stagnation zu Jahresbeginn ist die gesamtwirtschaftliche Produktion sowohl im **Euroraum** als auch in der gesamten **EU27** im zweiten Quartal um 0,2 % gegenüber dem ersten Jahresviertel zurückgegangen.

Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass sowohl die Konsumausgaben als auch die Anlageinvestitionen rückläufig waren. Der private Konsum wird von der hohen Arbeitslosigkeit belastet. Die Schwäche der Ausrustungsinvestitionen ist auf die niedrige Kapazitätsauslastung und die in einigen Mitgliedstaaten schwierigen Finanzierungsbedingungen zurückzuführen, und die Bauinvestitionen werden von den in einigen Staaten bestehenden Problemen auf den Immobilienmärkten belastet. Die Ausfuhren dürften angesichts der weltwirtschaftlichen Abkühlung weniger stark als im ersten Quartal gestiegen sein, aber wegen der schwachen Inlandsnachfrage dürfte auch das Importwachstum nachgelassen haben.

In **Österreich** hat sich einer ersten Schätzung zufolge das Wachstum des saisonbereinigten BIP von 0,5 % im ersten Quartal auf 0,2 % im zweiten Quartal verringert. Der private Konsum stagnierte aufgrund der hohen Preissteigerung, der Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt und der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise. Die Anlageinvestitionen stiegen etwa so stark wie im ersten Jahresviertel, wobei die Bauinvestitionen stagnierten. Die Exporte und die Importe wurden etwa im gleichen Tempo ausgeweitet, sodass der Außenbeitrag praktisch nicht zum Wirtschaftswachstum beitrug. Entstehungsseitig erhöhte sich die Wertschöpfung vor allem im produzierenden Bereich und dabei insbesondere in der Sachgütererzeugung; hingegen sank die Bauproduktion. Neben der Warenproduktion wurde das gesamtwirtschaftliche Wachstum vor allem von den wirtschaftsnahen Dienstleistungen getragen, während die konsumorientierten Dienstleistungen nahezu stagnierten.

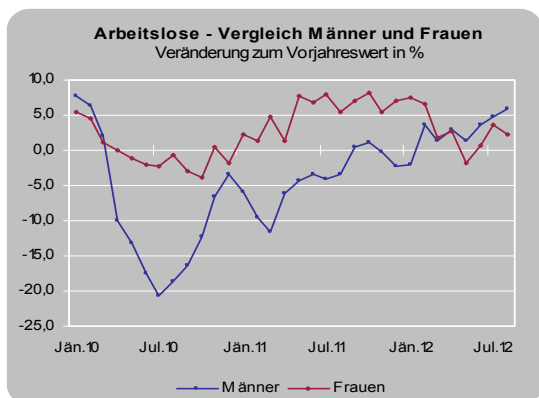
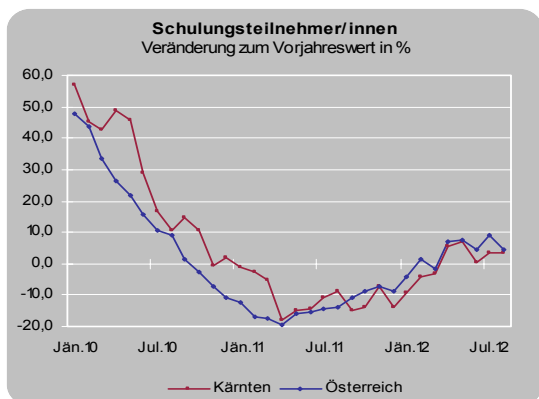
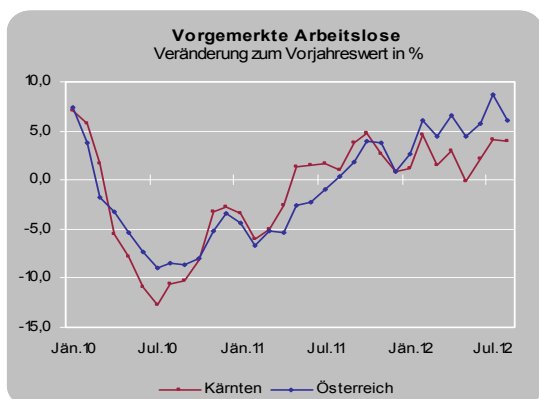
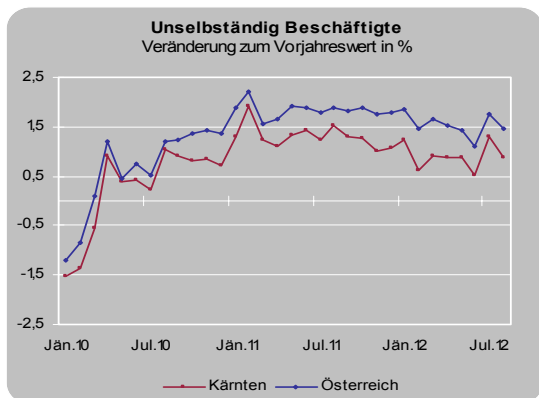
(Fortsetzung auf Seite 8)

### Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch im dritten Quartal 2012 setzt sich die ungünstige Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt fort. So beträgt im August 2012 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 16.159 und liegt damit um 4,0 % über dem Vorjahreswert; die Situation stellt sich dabei in Kärnten vergleichsweise günstiger dar, als im Österreich-Durchschnitt (Österreich: +6,1 %). Auch in den Monaten zuvor lag der Anstieg der Arbeitslosigkeit österreichweit deutlich über dem Zuwachs in Kärnten. Gleichzeitig nimmt jedoch die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr weiter zu. Der Zuwachs beträgt dabei in Kärnten 0,9 % (Österreich: +1,5 %). Prognosen des Arbeitsmarktservice Kärnten (AMS) gehen trotz der aktuellen Entwicklung davon aus, dass im Jahr 2012 keine Erholung am Arbeitsmarkt eintreten wird; aufgrund fehlender Wachstumsimpulse ist von einer weiteren Zunahme der Zahl der Arbeitslosen bei gleichzeitiger Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus auszugehen.<sup>1</sup>

Daneben nimmt die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen deutlich ab (Kärnten: -25,0 %). Im Zuge dieser Entwicklung steigt der Stellenandrang (Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle) weiter und beträgt im August 2012 in Kärnten bereits 11,1 (Österreich: 7,4). Auch bei den Schulungsteilnehmer/innen beim AMS zeichnete sich im Verlauf des Jahres eine negative Trendwende ab: während im Jahresdurchschnitt 2011 ein Rückgang um 10,3 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet wurde (Österreich: -13,6 %), steigt seit April 2012 die Zahl der Personen in Qualifizierungsmaßnahmen wieder an; Kärnten rangiert mit einem Zuwachs von 3,7 % im August 2012 dabei unter dem Österreich-Durchschnitt (+4,3 %).

Einzelne Arbeitsmarktgruppen sind von der derzeitigen Entwicklung in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Die gegengleiche Entwicklung zwischen Männern und Frauen, wie sie im Jahr 2011 beobachtet wurde, drehte sich um: die Arbeitslosigkeit von Frauen stieg in den vergangenen Monaten weniger stark als bei Männern. Daneben setzt sich die positive Entwicklung bei den Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr) fort; die Arbeitslosenzahlen sanken im Vergleich zum Vorjahr deutlich (24,6 %; Österreich: +20,6 %). Bei den älteren Arbeitslosen (50+) wird jedoch weiterhin eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit verzeichnet (August 2012: +9,8 %), auch wenn die Situation im Vergleich zum Bundesdurchschnitt etwas positiver ausfällt (Österreich: +10,7 %). Robert Klinglmair



<sup>1</sup> Vgl. AMS Kärnten (2012): Geschäftsbericht 2011, S. 24.

## Ende mit Schrecken – Schrecken ohne Ende

Auch wenn der Bericht der „Troika“ (EU, EZB, IWF) zur Situation Griechenlands noch nicht vorliegt, ist das Ergebnis absehbar: werden die Beschlüsse der Regierung zur Eindämmung des Budgetdefizits gemäß den Vorgaben der Hilfskredite durch das Parlament noch beschlossen, ist doch die Bilanz der Strukturreformen, die die Wirtschaft Griechenlands stabilisieren und auf einen Wachstumspfad zurückführen sollen, äußerst dürrig. Es mehren sich die Stimmen, die Hilfsprogramme für gescheitert zu erklären und ohne weitere Hilfszahlungen das Land in die Insolvenz zu schicken – ein Ende mit Schrecken und hohen Kosten für die Gläubiger Griechenlands und letztlich die Steuerzahler in den Geberländern, aber doch das kleinere Übel gegenüber der Alternative, weitere Milliarden in ein „Fass ohne Boden“ zu gießen.

Die Finanzmärkte haben inzwischen die unhaltbare Verschuldung Spaniens und Italiens ins Visier genommen und verlangen hohe Risikoaufschläge für neue Kredite. Zusammen mit anderen Ländern, die wie Frankreich ähnliche Probleme befürchten müssen, bilden sie eine wachsende Koalition, die Hilfe der EZB über den Kauf von Staatsanleihen, Hilfe durch „mehr Feuerkraft“ des künftigen Euro-Rettungsfonds ESM über eine Banklizenz bei der EZB oder Hilfe durch eine Vergemeinschaftung von Schulden (Eurofonds, Tilgungsfonds) fordern. Der Druck, mit viel Geld die Euro-Krise zu beruhigen, kommt zudem aus den USA – dort steht im November die Präsidentenwahl an und dort haben große Investoren, von Banken bis zu Pensionsfonds, hohe Beträge im Feuer. Auch der IWF sieht für die EZB weiteren Spielraum für ihre bisherige Politik der großzügigen Ausweitung der Liquidität im Euroraum. Verschärft wird die Situation dadurch, dass es immer wahrscheinlicher wird, dass die Eurozone in eine Rezession gleitet aufgrund der Auswirkungen der Schuldenkrise, schlechter Finanzierungsbedingungen für die Peripherie, Spar-Erfordernissen und hoher Arbeitslosigkeit; der am EU-Gipfel im Juni beschlossene Wachstumspakt wird daran nichts ändern.

Der Druck richtet sich vor allem auf Deutschland als größte Volkswirtschaft der Eurozone. Hier hat sich die deutsche Bundesbank immer schon gegen das Anleihenkaufprogramm der EZB als Instrument der Staatsfinanzierung über die Notenpresse gewandt: langfristig steigende Inflationspotential, die Unabhängigkeit der Notenbank geriete in Gefahr und der Reformdruck würde von den Staaten genommen wenn deren Zinsen sinken. Kommt es

zu Ausfällen beim Bestand von über 210 Mrd. Euro an Anleihen der Peripheriestaaten, werden die Verluste nach Kapitalanteilen der Mitgliederstaaten an der EZB getragen. Im Rat der EZB ist die Bundesbank jedoch zunehmend isoliert; die Südländer, verstärkt um Frankreich, haben eine strukturelle Mehrheit wobei die Bundesbank mit 27 Prozent des EZB-Kapitals nur eine Stimme hat, so wie Malta oder Zypern. Wie auch die deutsche Bundesregierung lehnt die Bundesbank unbegrenzte Rettungsfonds ab und plädiert für strikte Regeln für die Fiskalpolitik und Strukturreformen für mehr Wachstum. Abgesehen vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Beitritt Deutschlands zum ESM am 12. September haben Bundesregierung und Bundesbank nur einen starken Verbündeten: den Rückhalt in der Bevölkerung bei zunehmender Skepsis in der deutschen Öffentlichkeit zur Euro-Rettungspolitik; das Urteil Moody's, das deutsche AAA-Rating mit einem negativen Ausblick zu versehen, ist insofern auch nicht unwillkommen.

Dass Stabilisierungsbemühungen und Strukturreformen zum Erfolg führen können, zeigen die Programmländer Irland und Portugal. Wesentlich für diesen Erfolg ist dabei, dass die Bevölkerung dieser Länder trotz schmerzhafter Einschnitte und einiger Proteste die Regierungspolitik mitträgt. Die am 2. August von der EZB angekündigte Politik, den weiteren Ankauf von Staatsanleihen von der Bedingung abhängig zu machen, dass die Regierungen ihren Verpflichtungen zum Defizitabbau und zu Strukturreformen aufgrund eines Hilfsantrags beim Krisenfonds EFSF oder dessen Nachfolger ESM nachkommen, ist insofern ein Schritt in die richtige Richtung.

Kritiker der bisherigen Politik, die eigentlich keine Krise des Euro sondern eine Refinanzierungskrise einzelner Staaten des Euroraums betrifft, werden hierin – zusammen mit Fiskalpakt und Wachstumspakt – nur eine Fortsetzung der Politik des „Durchwurstelns“ sehen. Die Alternative wäre eine deutliche Vertiefung der Integration, um Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen und die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedsländer stärker zu koordinieren – verbunden mit einer (teilweisen) Vergemeinschaftung der bestehenden Staatsschulden. Eine solche Souveränitätsübertragung auf europäische Institutionen zur institutionellen Absicherung der gemeinsamen Währung ist jedoch als Perspektive einer politischen Union auch für das Kerneuropa der 17 WU-Mitgliedsstaaten derzeit noch realpolitisch kaum vorstellbar.

Hans-Joachim Bodenhöfer

## Bildungsarmut bei Jugendlichen in Kärnten

Bildung ist in einer Wissensgesellschaft von zentraler Bedeutung; viele der in Zukunft neu geschaffenen Arbeitsplätze setzen ein deutlich höheres Bildungsniveau als bisher voraus. Demnach sind Niedrigqualifizierte, also jene Personen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende schulische oder berufliche Qualifikation vorweisen können vom Strukturwandel am Arbeitsmarkt besonders betroffen. Trotz eines insgesamt Anstieges des Bildungsniveaus in den vergangenen Jahrzehnten besitzen knapp 20 % der österreichischen Bevölkerung (25 bis 64 Jahre) höchstens einen Pflichtschulabschluss und fällt der Anteil an Tertiärabschlüssen im internationalen Vergleich gering aus. Daten der amtlichen Statistik zeigen weiters, dass ein erheblicher Anteil von Jugendlichen atypische oder abgebrochene Bildungs- und Berufsverläufe aufweist und damit einen wesentlichen Teil der „Problemgruppe“ der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ausmacht. So besitzen österreichweit 14,1 % der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren höchstens einen Pflichtschulabschluss und befinden sich nicht in weiterführender Ausbildung im formalen Bildungssystem; diese Jugendlichen sind demnach von „Bildungsarmut“ betroffen.

Auf *individueller Ebene* impliziert Bildungsarmut eine vergleichsweise ungünstige Stellung am Arbeitsmarkt. Dies äußert sich in geringerer Erwerbsbeteiligung, einem höheren Arbeitslosigkeitsrisiko gepaart mit längeren Arbeitslosigkeitsphasen und den damit einhergehenden psychosozialen Belastungen für die Betroffenen und deren Familien. Daneben weisen „bildungsferne“ Jugendliche eine längere Übergangsdauer von der Ausbildung in die Beschäftigung auf; eine weitere Facette von Bildungsarmut spiegelt sich im limitierten Zugang zu qualifizierter Beschäftigung. Dieser Zusammenhang ist äußerst persistent und setzt sich im Erwachsenenalter fort; die Weichen für eine erfolgreiche Berufskarriere werden demnach bereits in der Jugend gestellt. Aufgrund ihrer ungünstigen Arbeitsmarktposition erzielen bildungsferne Personen in weiterer Folge ein vergleichsweise geringeres Einkommen. Geringe Qualifikationen stehen folglich auch in sehr engem Zusammenhang mit Armut, als deren wesentliche Ursache gerade ein geringes Bildungsniveau fungiert; soziale Ausgrenzung der Betroffenen kann die Folge sein.

Auf *gesellschaftlicher Ebene* sind durch Bildungsarmut hohe volkswirtschaftliche Folgekosten in Form von entgangenem Wirtschaftswachstum, Produktivitätsverlusten, entgangenen Steuereinnahmen und erhöhten Transfer-

leistungen zu erwarten. Daneben treten auch höhere Kosten im Gesundheitswesen wie auch in der Kriminalitätsbekämpfung auf. Vor allem aber werden Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch das Fachkräftepotential am Arbeitsmarkt und einen ständigen Strom an Innovationen bestimmt. Angesichts der bevorstehenden demographischen Entwicklung – sinkendes Erwerbspotential bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung – gilt es daher, den frühzeitigen Bildungsabbruch verstärkt in den politischen Fokus zu rücken.

Angesichts des Problemausmaßes und der weitreichenden Konsequenzen von Bildungsarmut kann auf rund 10-15 % eines Altersjahrganges nicht „verzichtet“ werden. Für die Bildungsforschung besteht diesbezüglich verstärkter Forschungsbedarf, als mögliche Interventionsstrategien gegen einen vorzeitigen Bildungsabbruch auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen müssen, wenn diese effektiv und effizient sein sollen. Dem Nationalen Bildungsbericht 2009<sup>2</sup> ist zu entnehmen, dass zum frühzeitigen Bildungsabbruch forschungsbasierte Erkenntnisse in Österreich gering sind und nur wenige Daten vorliegen; mit den zahlreichen bestehenden Arbeiten für Österreich kann nur ein unvollständiges Bild der Entstehungszusammenhänge von Bildungsarmut skizziert werden. Daneben dominieren bislang „nachsorgende“ Maßnahmen – also nachdem ein Bildungsabbruch stattgefunden hat. Diese Maßnahmen konzentrieren sich jedoch darauf, bildungsferne Jugendliche wieder ins Bildungssystem bzw. vorrangig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, anstatt präventiv ein Ausscheiden aus dem Bildungssystem zu verhindern. Auch wirken sie lediglich kurativ und kann insgesamt festgehalten werden, dass Interventionsstrategien umso effektiver und effizienter sind, je früher diese im Bildungssystem ansetzen.

Um tiefere Einblicke in die multikausale Problemlage von Bildungsarmut zu erhalten, wurde im Rahmen eines Dissertationsprojektes<sup>3</sup> eines Mitarbeiters am IHS Kärnten eine umfangreiche schriftliche Befragung von Jugendlichen zur Bildungs- und Berufssituation durchgeführt. Die Zielgruppe der empirischen Erhebung umfasste Kärntner Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, unabhängig davon, ob eine Bildungsbenachteiligung vorliegt oder nicht.

<sup>2</sup> Steiner, M. (2009): Early School Leaving und Schulversagen im österreichischen Bildungssystem. In Specht, W. (Hrsg.): Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009 – Band 2. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen (S. 141-161). Leykam: Graz.

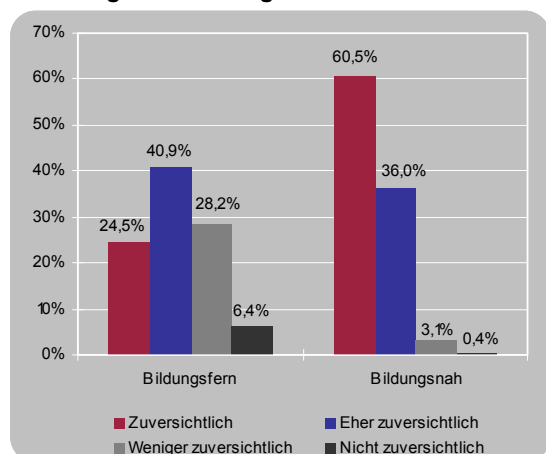
<sup>3</sup> Klinglmair, R. (2012): Determinanten von Bildungsarmut bei Jugendlichen in Kärnten – Eine empirische Analyse. Dissertation Alpen-Adria-Universität: Klagenfurt.

Diese Vorgangsweise ermöglichte es, neben der interessierenden „Testgruppe“ (bildungsferne Jugendliche) auch eine „Kontrollgruppe“ – Jugendliche, bei denen der Übergang von der Pflichtschule in eine weiterführende Ausbildung bzw. den Arbeitsmarkt friktionsfrei verlaufen ist – zu identifizieren. Zu diesem Zweck wurde ein modular aufgebauter Fragebogen entworfen, der im Juni 2011 an insgesamt 6.700 Jugendliche der Zielgruppe versendet wurde. Insgesamt konnte dabei ein Rücklauf von 1.537 verwertbaren Fragebögen (Rücklaufquote: 22,9 %) verzeichnet werden, wobei die Stichprobe in hohem Maße repräsentativ ist.

Im Rahmen der deskriptiven Analysen wurden zunächst Unterschiede in den Bildungskarrieren von bildungsfernen und bildungsnahen Jugendlichen untersucht. In Hinblick auf die Berufskarrieren bestätigte sich die vergleichsweise ungünstige Situation von bildungsfernen Jugendlichen am Arbeitsmarkt: neben einer längeren Übergangsdauer von der Ausbildung in die Beschäftigung wurden häufigere Arbeitslosigkeitsphasen, ein geringerer Beschäftigungsumfang, Unterschiede in der Qualität der Tätigkeit bis hin zu geringerer Arbeitsplatzsicherheit und -zufriedenheit sowie einem geringeren Einkommen nachgewiesen.

Zwei zentrale Ergebnisse der deskriptiven Analysen sollen an dieser Stelle herausgegriffen werden: während mehr als die Hälfte der bildungsnahen Jugendlichen (60,5 %) der (beruflichen und privaten) Zukunft zuversichtlich entgegen sieht, trifft dies unter den bildungsfernen Jugendlichen auf lediglich knapp ein Viertel (24,5 %) zu.

Abbildung 1: Erwartungen für die Zukunft



Quelle: Eigene Berechnungen

Bildungsferne Jugendliche erwarten demnach, dass sich ihre vergleichsweise ungünstige Lebenssituation im Erwachsenenalter fortsetzen wird; die Bekämpfung von Bildungsarmut geht damit über die reine Arbeitsmarktintegration hinaus und stellt sich als gesellschaftli-

che/soziale Herausforderung dar. Besonders interessant war die Untersuchung von *nicht-kognitiven Fähigkeiten* wie Motivation, Selbstwertgefühl oder Selbstdisziplin, denen – neben kognitiven Fähigkeiten – in der Literatur maßgebliche Bedeutung für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufskarriere beigemessen wird. So zeigt sich beispielsweise, dass nicht-kognitive Fähigkeiten einen signifikanten Einfluss auf die Entscheidung haben, die Schule vorzeitig abzubrechen. Im Zuge der Auswertungen war es dabei – erstmals für das Bundesland Kärnten – möglich nachzuweisen, dass bildungsferne Jugendliche, gemessen am „Rotter-Index“, über geringere nicht-kognitive Fähigkeiten verfügen. Bildungsnahen Jugendlichen sind den Analysen zufolge eher als *Internalizer* zu klassifizieren und betrachten ihr Leben/ihre Karriere „selbstbestimmt“, während bildungsferne Jugendliche als *Externalizer* fungieren und den Verlauf ihres Lebens durch Zufall bestimmt sehen.

Den Hauptteil der Dissertation bildete ein logistisches Regressionsmodell mittels dessen Determinanten eines vorzeitigen Bildungsabbruchs identifiziert sowie das Ausmaß der jeweiligen Einflussgröße bestimmt werden konnten. Insgesamt wurden im Zuge der Auswertungen elf statistisch signifikante Einflussfaktoren für ein frühzeitiges Verlassen des Bildungssystems identifiziert, die sich grundsätzlich in *schulische, strukturelle und personenbezogene Faktoren* unterteilen lassen. Dabei erhöhen der Besuch einer Hauptschule, Klassenwiederholung und Überforderung in der Pflichtschule das Risiko bildungsfern zu werden, während überdurchschnittliche Schulleistungen und das Ergreifen der Wunschausbildung dieses senken. Wohnt ein/e Jugendliche/r in den strukturschwachen, ländlichen Regionen Ober- bzw. Unterkärnten erhöht dies ebenfalls das Schulabbruchrisiko. Im Hinblick auf die soziale Herkunft senken ein mittleres bzw. hohes Bildungsniveau der Eltern, hohes kulturelles Kapital im Elternhaus (gemessen am Buchbestand) wie auch „Aufstiegsorientierung“ das Drop-out-Risiko, während ein Migrationshintergrund bzw. der Umstand, dass ein/e Jugendliche/r alleinerzogen wurde, das Risiko eines frühzeitigen Verlassens des Bildungssystems erhöhen. Neben schulischen Einflussfaktoren ist es demnach vor allem der sozio-ökonomische Hintergrund, welcher die Bildungskarriere von Jugendlichen in Kärnten maßgeblich beeinflusst: die Bildungsmobilität zwischen den Generationen ist gebremst; es hängt stark von der sozialen Herkunft ab, welche Ausbildung Kinder und Jugendliche erhalten. Interventionsmaßnahmen, um einen Bildungsabbruch präventiv zu verhindern, müssen daher verstärkt im Bildungssystem selbst ansetzen, da die soziale Herkunft seitens der

Bildungspolitik als gegeben betrachtet werden muss. Vielmehr gilt es, fehlende Ressourcen im Elternhaus durch eine Neugestaltung des Schulsystems (Stichwort: „Gesamtschule“) zu kompensieren.

Neben dem Risiko, konnte aus den Regressionsergebnissen auch die Wahrscheinlichkeit, bildungsfern zu werden, berechnet werden: je nach Merkmalen einer Person schwankt diese zwischen 0,1 % und 96,3 %. Auf Basis dieser Auswertungen konnte ein *präventives Frühwarnsystem* für die Pflichtschule abgeleitet werden, welches die komplexen Entstehungszusammenhänge von Bildungsarmut auf drei Ebenen („Ampel-System“) herunterbricht und dazu beitragen soll, Risikoschüler/innen frühzeitig identifizieren zu können, um rechtzeitig gezielte und individuelle Maßnahmen zu ermöglichen. Da jeder Risikofaktor isoliert betrachtet noch keine erhöhte Wahrscheinlichkeit für ein vorzeitiges Verlassen des Bildungssystems impliziert, entscheidet vielmehr das komplexe Zusammenspiel der einzelnen Faktoren über einen frühzeitigen Schulabbruch; dieser Umstand wurde im entwickelten Frühwarnsystem berücksichtigt.

Gelingt es – nicht zuletzt auf Basis der Dissertationsergebnisse – den längeren Verbleib von gefährdeten Jugendlichen im Ausbildungssystem zu fördern und so deren Chance auf eine dauerhafte und erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern, werden, neben den Jugendlichen selbst, auch der Wirtschaftsstandort Österreich und die Gesellschaft insgesamt davon profitieren.

Robert Klinglmair

### Abgeschlossene Projekte:

Das IHS Kärnten hat vom Amt der Kärntner Landesregierung den Auftrag bekommen, für die Jahre 2011 bis 2013 den jährlichen Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten zu erstellen. Im Juni wurde der „Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2011“ abgeschlossen und an den Auftraggeber übermittelt.

Unter dem Titel „Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten“ wurde eine Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Kärnten durchgeführt. Kern der Studie war eine umfassende Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Erwerbspotential im Bundesland Kärnten und das Aufzeigen potentieller Strategien um negativen Auswirkungen entgegen zu wirken. Ein kurzer Bericht zu den Ergebnissen der Studie findet sich auch in dieser Ausgabe des Konjunkturreports.

## Serie Demographischer Wandel (IV): Schrumpfung und Alterung am Arbeitsmarkt

Die demographische Entwicklung in Österreich bildet für den Arbeitsmarkt in zweierlei Hinsicht eine Herausforderung: Der Rückgang der Geburtenrate und die damit verbundene Verminderung an Nachwuchskräften sowie die bevorstehenden Pensionierungswellen der Baby-Boom-Generation führen zu einer Schrumpfung des Erwerbspotentials. So wird die österreichische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) laut den aktuell vorliegenden Prognosen (mittlere Variante) im Jahr 2030 um 2,5 % geringer sein als in 2011. Im Bundesland Kärnten, in welchem der demographische Wandel innerhalb Österreichs bereits überdurchschnittlich weit fortgeschritten ist, fällt der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 11,2 % bedeutend höher aus (vgl. Tabelle 1).<sup>4</sup>

**Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung nach Alter, Österreich und Kärnten, 2011-2030**

		0 bis 14 Jahre	15 bis 64 Jahre	65 Jahre und älter
Österreich	2011	1.229.408	5.705.051	1.486.441
	2030	1.273.737	5.560.607	2.159.120
	Δ 2011-2030	44.329	-144.444	672.679
	Δ in %	3,6%	-2,5%	45,3%
Kärnten	2011	77.439	372.727	107.890
	2030	71.806	331.044	155.469
	Δ 2011-2030	-5.633	-41.683	47.579
	Δ in %	-7,3%	-11,2%	44,1%

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes 2012 sowie Bevölkerungsprognose 2012, eigene Berechnungen.

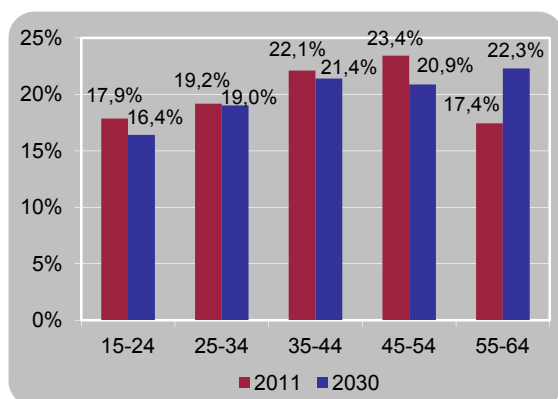
In einer aktuellen Studie des IHS Kärnten wurden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Kärnten nach dem Qualifikationsniveau grob geschätzt. Unter der Annahme einer beständigen Arbeitsmarktentwicklung und des Einbezugs von angebots- und nachfrageseitigen Trends werden demnach im Jahr 2030 am Kärntner Arbeitsmarkt über 40.000 Arbeitskräfte fehlen, wobei der Großteil davon auf Personen mit Lehrabschluss (bzw. Abschluss einer berufsbildenden

<sup>4</sup> Der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter des Landes Kärntens ist im Bundesländervergleich der Höchste; gefolgt von der Steiermark mit -7,0 % und dem Burgenland sowie Salzburg (beide -5,2 %). Eine Zunahme der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren werden demnach bis 2030 lediglich die Bundesländer Niederösterreich (+1,1 %) sowie Wien (+2,6 %) verzeichnen.

mittleren Schule) sowie auf Personen mit Hochschulbildung fällt.<sup>5</sup>

Abgesehen von der prognostizierten Schrumpfung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter geht mit dem demographischen Wandel eine Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung einher. So wird der Anteil der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von aktuell 17,4 % (Jahresdurchschnitt 2011) auf 22,3 % im Jahr 2030 ansteigen; d.h. jede/r fünfte Erwerbsfähige wird zumindest 55 Jahre alt sein. Parallel dazu kommt es zu einem anteiligen Rückgang aller weiteren, jüngeren Altersgruppen (vgl. Abbildung 2). Auf Bundesländerebene wird die Alterung der Erwerbsbevölkerung die Bundesländer Burgenland und Kärnten am stärksten treffen: 2030 werden im Burgenland 25,3 % der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahre alt sein; auch in Kärnten fällt mit 24,6 % beinahe jede/r Vierte in die genannte Altersgruppe.

**Abbildung 2: Altersverteilung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Österreich, 2011 und 2030**



Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes 2012 sowie Bevölkerungsprognose 2012, eigene Berechnungen.

Während die Auswirkungen der Bevölkerungsgröße auf das wirtschaftliche Wachstum umstritten sind<sup>6</sup>, lassen die Stärke und Altersstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutlichere Schlüsse für das Wirtschaftswachstum zu. Zahlreiche Studien konnten eine signifikant positive Wirkung des Anteils der

<sup>5</sup> Vgl. Bliem, M., Aigner-Walder, B. und Klinglmair, R. (2012): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten. IHS Kärnten: Klagenfurt.

<sup>6</sup> Während „Bevölkerungspessimisten“ von negativen Effekten eines Bevölkerungswachstums aufgrund der begrenzt verfügbaren Ressourcen ausgehen, glauben „Bevölkerungsoptimisten“ an positive wirtschaftliche Impulse aufgrund des höheren Arbeitsangebots; empirische Ergebnisse zeigen – sofern weitere Faktoren wie Bildung oder technologischer Fortschritt mit einbezogen werden – häufig keine kennzeichnenden Effekte (siehe beispielsweise für eine Analyse anhand der OECD Länder Czechl, M. und Henseke, G. (2007): Demografie und Wirtschaftswachstum: Kein einfacher Zusammenhang. In: Wirtschaftspolitische Blätter 4/2007, S. 609-624).

Erwerbsbevölkerung auf die Wachstumsraten nachweisen, wobei eine Abhängigkeit der Ausschöpfung des Potentials vom jeweiligen Wirtschaftssystem als auch der Wirtschaftspolitik gegeben scheint.<sup>7</sup> Demnach konnte der demographische Wandel bisherig durch den Anstieg der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern beitragen.<sup>8</sup> Aufgrund des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung sind künftig geringere Wachstumsraten prognostiziert.<sup>9</sup> Darüber hinaus weisen Studien eine konkave Beziehung zwischen der Altersstruktur des Erwerbspotentials und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auf.<sup>10</sup>

Abgesehen vom zu erwartenden Arbeitskräftemangel stellt damit auch das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung bzw. der Erwerbstätigen eine zentrale Herausforderung dar. Um potentiellen negativen Auswirkungen am Arbeitsmarkt zu begegnen, sind sowohl politische Entscheidungsträger/innen als auch Unternehmen gefordert, proaktiv tätig zu werden. Es gilt, vor allem im Arbeits- und Bildungsbereich verstärkt Interventionsmaßnahmen zu setzen.<sup>11</sup> Gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Bewältigung der zu erwartenden Engpässe am Arbeitsmarkt reichen dabei von einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer und jener von Frauen im Generellen, über gezielte Migrationspolitik bis hin zu verstärkten Investitionen in Bildung. Als unternehmensspezifische Möglichkeiten, um mit den bestehenden sozioökonomischen Rahmenbedingungen besser umgehen zu können, sind Altersstrukturanalysen, die betriebliche Gesundheitsförderung sowie Maßnahmen zur Bindung und Qualifizierung Älterer als auch zum generationenübergreifender Wissenstransfer anzusehen.

<sup>7</sup> Vgl. Bloom, D. E. und Canning, D. (2005): Global Demography Change: Dimensions and Economic Significance. Harvard Initiative for Global Health, Working Paper Series, No. 1.

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang wird von der 1. Demographischen Dividende gesprochen. Die 2. Demographische Dividende ergibt sich aus einem Anstieg des aggregierten privaten Sparens aufgrund einer zunehmenden Sparneigung bei höherer Lebenserwartung.

<sup>9</sup> Laut Martins et al. wird der durchschnittliche, demographisch hervorgerufene Rückgang des BSP pro Kopf in Japan, Frankreich und Deutschland bis 2050 zwischen 0,2 und 0,3 Prozentpunkten jährlich betragen (vgl. Martins, J.O. et al (2005): The Impact of Ageing on Demand, Factor Markets and Growth, OECD Economics Department Working Papers, No. 420, OECD Publishing).

<sup>10</sup> Vgl. European Commission (2005:10ff): The economic impact of ageing populations in the EU25 Member States. Economic Papers, No. 236, Brussels.

<sup>11</sup> So weist Mérette darauf hin, dass eine Gewährleistung des wirtschaftlichen Wachstums durch Investitionen in Humankapital erfolgen kann (vgl. Mérette, M. (2002): The Bright side: A Positive view on the economics of Aging. Choices, Vol. 8, No. 1, Institute for Research on Public Policy, Montreal).

In Bezug auf die gesellschaftspolitischen Maßnahmen kann ein belehrender Blick über die österreichischen Grenzen geworfen werden. So ist doch erstaunlich, dass Österreich ein im Vergleich zu den EU15- als auch EU27-Ländern unterdurchschnittliches Erwerbsaustrittsalter, eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Personen zwischen 55 und 64 Jahren, als auch einen überdurchschnittlich hohen Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen aufweist. Letzteres mag auch daran liegen, dass sich Österreich in Hinblick auf die Kinderbetreuungquote im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen einfindet.<sup>12</sup> Insbesondere in den genannten Bereichen scheint damit Handlungspotential gegeben. Auch in Bezug auf Migration kann Österreich aufgrund der sehr restriktiven Einwanderungspolitik nicht zu den primären Einwanderungsländern gezählt werden. Für Kärnten gilt dies gleichermaßen im Bundesländervergleich; gegenteilig verlassen mehr Kärntner/innen das Bundesland als aus Restösterreich zuwandern. Es sollte daher eine verstärkte Förderung der Migration Hochqualifizierter nach Kärnten erfolgen bzw. die Attraktivität der Region für Migrant/innen erhöht werden. Im Bildungsbereich gilt es hingegen Lebenslanges Lernen zu forcieren, den Anteil früher Schulabgänger/innen zu reduzieren sowie die Integration bildungsferner Gruppen in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Für die genannten potentiellen Maßnahmen auf Unternehmensebene soll auf ein Best-Practice Beispiel im Umgang mit dem demographischen Wandel verwiesen werden – das LIFE Programm der Voestalpine. Bereits seit über einem Jahrzehnt beschäftigt sich die Voestalpine mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung, d.h. des bevorstehenden Arbeitskräftemangels, der künftigen großen Pensionierungswellen sowie der Relevanz der Wissensweitergabe von Mitarbeiter/innen. Um den Herausforderungen zu begegnen wurden sechs strategische Handlungsfelder definiert: flexible Arbeitszeitmodelle; lebensphasenbezogene Arbeitsplatzgestaltung; Chancengleichheit; Sicherheits- und Gesundheitsvorsorge; Kultur, Führung und Entwicklungsmaßnahmen sowie neue Mitarbeiter/innen finden und binden. Nach dem Sammeln von Best-Practice-Beispielen und Umsetzungsvorschlägen ist das LIFE Programm seit Herbst 2003 im Laufen. So konnten im Rahmen des Bereiches lebensphasengerechte Arbeitsplatzgestaltung beispielsweise bereits Belastungen am Arbeitsplatz durch Mitarbeiter/innen aufgezeigt und Verbesserungsvorschläge erarbeitet und umgesetzt werden. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Aktivitäten

in den Bereichen Gesundheit und Sicherheit (z.B. kostenlose Mitgliedschaft im Fitnessstudio, jährliche Sportveranstaltungen, Schulungen und Trainings der Mitarbeiter/innen, z.B. zur Vermeidung von Fehlbelastungen bis hin zu Ernährungsfragen).<sup>13</sup>

Für die Bewältigung der durch die Schrumpfung sowie Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter entstehenden Herausforderungen am Arbeitsmarkt scheint angesichts der dargestellten Punkte noch ausreichend Handlungsspielraum gegeben – sowohl auf politischer Ebene als auch in Unternehmen.

Birgit Aigner-Walder

### Fortsetzung Konjunktur:

In **Kärnten** sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2012 im Vorjahresvergleich um 5 %, während dieser in ganz Österreich um 1,4 % stieg. Die Sachgüterproduktion sank in Kärnten im Zeitraum Jänner bis April ebenfalls um 5 %, verglichen mit einem Rückgang um 0,3 % in ganz Österreich. In der Bauwirtschaft nahm die Produktion im Durchschnitt der ersten vier Monate im Vorjahresvergleich um 6,2 % ab, während sie österreichweit um 0,4 % stieg. Die konjunkturellen Aussichten für Kärnten haben sich zuletzt eingetrübt, was vor allem auf die im Vergleich zu Gesamtösterreich größere Bedeutung von Italien, Slowenien und auch Kroatien für die Kärntner Exportwirtschaft zurückzuführen ist. Die Kärntner Industrie dürfte von der Nachfrageschwäche aufgrund der strukturellen Probleme in diesen Ländern in Mitleidenschaft gezogen werden. Die aktuelle Konjunkturprognose für Kärnten wird ab Anfang Oktober 2012 auf der Homepage des IHS Kärnten verfügbar sein:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>.

Klaus Weyerstraß

### Impressum

**Herausgeber:** IHS Kärnten  
**Adresse:** Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt  
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23  
**e-mail:** info@carinthia.ihs.ac.at  
**Website:** www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 06.09.2012

<sup>12</sup> Siehe für Details Bliem, M., Aigner-Walder, B. und Kling-Imair, R. (2012:64ff): Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Kärnten. Klagenfurt: IHS Kärnten.

<sup>13</sup> Vgl. Voestalpine (o.J.): Das LIFE Programm der voestalpine. Eine attraktive Arbeitswelt voestalpine für alle Generationen und Geschlechter. Verfügbar unter: [http://www.arbeitundalter.at/attachments/096\\_5\\_LIFE\\_Do wnload.pdf](http://www.arbeitundalter.at/attachments/096_5_LIFE_Do wnload.pdf) [Stand: 3.9.2012].